



Überholen

»Neues Ökonomisches System« in der Karibik: Mit der Währungsreform ändert sich Kubas Wirtschaft fundamental. Es ist mehr als nur eine geldpolitische Maßnahme, sondern grundlegende Modernisierung.
 Von Marcel Kunzmann

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 14. JANUAR 2021, NR. 11 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Mit Schlüsselrolle

Russland will Konflikt um Berg-Karabach mit multilateraler Kooperation entschärfen

3

Ohne Zufluchtsort

Die Not der Wohnungslosen wächst. Hamburg meldet seit Jahresbeginn bereits fünf Kälteopfer

5

Über Kapazitätsgrenze

Großbritannien: Hohe Zahlen an Covid-19-Kranken, Beschäftigte leiden an Belastungsstörungen

7

Im Niedergang

Krise in den USA kommentieren. Medien aus Lateinamerika völlig anders als die der BRD

15

Kälte, Hunger, Bomben

Trotz Kriegs, dschihadistischer Anschläge und humanitärer Katastrophenlage: BRD schiebt erneut nach Afghanistan ab. **Von Matthias István Köhler**

Die Bundesrepublik verliert im neuen Jahr 2021 keine Zeit: Am Mittwoch morgen ist in Kabul wieder ein Flugzeug mit 26 abgeschobenen Afghanen gelandet, wie *dpa* meldete. Das ist die 35. Sammelabschiebung seit 2016. Fast 1.000 Männer wurden auf diese Weise bisher nach Afghanistan zurückgebracht.

Die katastrophale Situation in dem Land – in dem die islamistischen Taliban so viele Gebiete kontrollieren wie seit Beginn des US-Angriffs 2001 nicht mehr – wird den Verantwortlichen in Berlin bekannt sein. So lässt sich erklären, dass eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums laut *dpa* betonte, dass 25 der am Mittwoch abgeschobenen Männer strafrechtlich verurteilt seien. Nach Ansicht der Bundesregierung haben sie also ihr Recht verwirkt, nicht in einem unter Krieg leidenden Land leben zu müssen.

Denn die Meldungen über Gefechte und Anschläge von Dschihadisten in Afghanistan reißen nicht ab. Wegen der anhaltenden Kämpfe in der Provinz Kandahar, einer Hochburg der Taliban, sind derzeit beispielsweise Tausende Familien auf der Flucht. Wie die Behörden vor Ort am vergangenen Donnerstag mitteilten, seien 35.000 Menschen in die Provinzhauptstadt geflüchtet. Weitere 10.000 Familien hätten anderweitig Schutz gesucht. In der Stadt Kandahar seien für die Geflüchteten zwar provisorische Lager eingerichtet worden, wie der Leiter der Behörde für die Vertriebenen der Nachrichtenagentur AFP erklärte, doch Lebensmittel gebe es nur für etwa 2.000 Familien.

Auch der Wintereinbruch in Afghanistan macht auf die Verantwortlichen in Berlin keinen Eindruck. Unter diesem leiden vor allem die Kinder im



Vor allem Kinder leiden: Ein geflüchteter Junge vor seiner Unterkunft in Kabul am 23. November 2020

Land. Die in London ansässige Hilfsorganisation Save the Children hatte bereits Ende Dezember mitgeteilt, dass in Afghanistan in diesem Winter mehr als 300.000 Kinder ohne Heizung und angemessene warme Kleidung von Krankheit und Tod bedroht seien. Tausende von ihnen würden wegen der Zerstörungen im Krieg in Obdachlosenlagern leben. »Dort riskieren sie Hunger, Krankheiten einschließlich Covid-19 und sogar den Tod durch eisige Temperaturen.«

Auch das Amt der Vereinten Nation für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) schlägt Alarm. Trotz der begonnenen Friedens-

gespräche zwischen Regierung und Taliban bleibe die Zahl der zivilen Opfer dramatisch hoch – »ohne Anzeichen für ein Ende der Kämpfe«. In seiner Prognose für das Jahr 2021 geht UNOCHA davon aus, dass fast die Hälfte der 40 Millionen Einwohner des Landes auf humanitäre Hilfe angewiesen sein werde – fast doppelt so viele wie im vergangenen Jahr.

Hauptgrund hierfür sind die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie. Fast 60 Prozent der Haushalte in Afghanistan müssten deswegen laut UNOCHA mit noch weniger Geld zurechtkommen als im Jahr zuvor – bei 17 Prozent der Haushalte

werde die Lage »katastrophale« Ausmaße annehmen. Konkret bedeutet das, dass 16,9 Millionen Afghanen in diesem Jahr voraussichtlich mit Hunger und Unterernährung zu kämpfen haben. Hinzu kommt, dass – in Zeiten der Pandemie – drei Viertel der Bevölkerung in den ländlichen Gegenden keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäranlagen haben. Besonders betroffen von den Folgen der Coronakrise sind Frauen, die verstärkt häuslicher Gewalt ausgesetzt sind.

Doch auch wenn all das den Verantwortlichen in Berlin bekannt ist: Der nächste Abschiebeflug ist sicher schon in Planung.

Syrien: Mehr als 50 Tote nach Angriffen Israels



Damaskus. Bei schweren israelischen Luftangriffen in Syrien sind nach Angaben von Beobachtern Dutzende Soldaten ums Leben gekommen. Die in London ansässige oppositionsnahe »Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte« meldete am Mittwoch 57 Tote. Die Flugzeuge hätten im Osten des Landes Stellungen der syrischen Armee und verbündeter Einheiten bombardiert, darunter auch Waffenlager. Insgesamt seien 18 Angriffe geflogen worden. Noch nie habe es so viele Todesopfer bei israelischen Angriffen in Syrien gegeben, erklärte Rami Abdel Rahman von der Beobachtungsstelle. Die syrische Nachrichtenagentur SANA meldete, es seien Ziele in der Stadt Deir Al-Sour und dem Grenzort Albu Kamal attackiert worden. Angaben zu Opfern machte sie nicht. Die israelische Luftwaffe greift regelmäßig Ziele in Syrien an. (dpa/jw)

Schwerin: VS-Chef abgelöst

Schwerin. Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Torsten Renz (CDU) hat den Leiter des Landesverfassungsschutzes, Reinhard Müller, in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Damit zog er am Mittwoch Konsequenzen aus dem Agieren der Behörde im Zusammenhang mit Informationen zu Anis Amri, dem mutmaßlichen Attentäter auf einen Berliner Weihnachtsmarkt 2016. Müller hatte eingeräumt, dass eine V-Mann-Aussage zum Umfeld Amris Anfang 2017 nicht sofort an zuständige Ermittler in Berlin und im Bund weitergeleitet worden war. Die Angaben seien seinerzeit als nicht glaubwürdig eingestuft worden, hieß es zur Begründung. Frühere Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in Mecklenburg-Vorpommern hatten im Amri-Untersuchungsausschuss des Bundestags ausgesagt, Vorgesetzte hätten Hinweise eines Informanten auf mögliche Helfer Amris aus dem Berliner »Clanmilieu« nicht an die ermittelnden Polizisten weitergeben wollen. (dpa/jw)

Mehr als 700.000 Menschen geimpft

Zweifel an Qualität von Vakzinlieferungen. Klarheit über Liefermengen gefordert

Rund zweieinhalb Wochen nach dem Start der Covid-19-Impfkampagne in der Bundesrepublik ist die Zahl der an das Robert-Koch-Institut (RKI) gemeldeten Immunisierungen auf über 700.000 gestiegen. Die Gesamtzahl von 758.09 Impfungen ergibt sich aus bisherigen Meldungen der Bundesländer, wie aus einer RKI-Statistik vom Mittwoch hervorgeht. Der Zuwachs im Vergleich zum Vortag beträgt mehr als 70.000. Die Impfhäufigkeit variiert dabei von Land zu Land. Die meisten Impfungen pro 1.000 Ein-

wohner wurden laut der Statistik bisher für Mecklenburg-Vorpommern erfasst (18,1), die wenigsten für Thüringen (6,1).

Das Bundesgesundheitsministerium hat unterdessen Zweifel an der Kühlung von Coronaimpfstoffen des Herstellers Moderna zurückgewiesen. »Die Qualität der Impfstoffe wurde durch den Transport nicht beeinträchtigt«, sagte ein Sprecher auf Anfrage am Mittwoch in Berlin. Die zuständige Berliner Senatsverwaltung hatte zuvor mitgeteilt, die ersten Moderna-Dosen zunächst zurückzuhalten. Es

gebe Zweifel, ob der Transport und die Kühlung sachgemäß erfolgt seien. Transporteur und Hersteller seien aufgefordert worden, für Aufklärung zu sorgen. Am Dienstag waren 2.400 Dosen eingetroffen. Auch Brandenburg meldete Probleme.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat von der Bundesregierung am Mittwoch klare Aussagen zu den Impfstofflieferungen gefordert. »Es wäre für uns alle eine Katastrophe, die vulnerablen Gruppen einzuladen, sie bekommen einen Termin, sie stehen vor dem Impfzentrum,

aber der Impfstoff ist nicht da«, sagte der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) habe große Hoffnungen gemacht und angekündigt, dass es voraussichtlich bis Sommer für alle ein Impfangebot geben werde. Da jeweils zwei Impfdosen nötig seien, bedeute das für Berlin, dass jeden Tag rund 28.000 Menschen geimpft werden müssten, rechnete Müller vor. »Aber diese 28.000 sind jetzt unsere Wochenlieferung und nicht die Tageslieferung«, sagte er. (dpa/jw)

■ Siehe Seite 4

jw wird herausgegeben von 2.464 Genossinnen und Genossen (Stand 21.12.2020)
 www.jungewelt.de/lpg

